

Ausschuss Digitale Agenda  
Ausschussdrucksache

18(24)024



## FRAGENKATALOG FÜR DIE ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG DES AUSSCHUSSES DIGITALE AGENDA ZUM THEMA „INTERNET GOVERNANCE“

Berlin, 26. Juni 2014

eco - Verband der deutschen Internetwirtschaft e.V. ist Interessenvertreter und Förderer aller Unternehmen, die mit oder im Internet wirtschaftliche Wertschöpfung betreiben. Der Verband vertritt derzeit mehr als 750 Mitgliedsunternehmen. Hierzu zählen unter anderem ISP (Internet Service Provider), Carrier, Hard- und Softwarelieferanten, Content- und Service-Anbieter sowie Kommunikationsunternehmen. eco ist der größte nationale Internet Service Provider-Verband Europas.

eco nimmt die Gelegenheit gerne wahr, den Fragenkatalog zur Vorbereitung der öffentlichen Anhörung des Ausschusses Digitale Agenda zum Thema „Internet Governance“ zu beantworten. Gerne werden wir weitergehende Ausführungen und Anmerkungen im weiteren Verlauf der Diskussion zu Internet Governance und zur zukünftigen Ausgestaltung des Internet einbringen.

### Frage 1)

*Fragen der Internet Governance, der weltweiten technischen Standardisierung und der Wettbewerbskontrolle können nicht allein auf nationaler Ebene gelöst werden. Das gilt auch für die Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte im weltweiten Netz. Durch Digitalisierung und weltweite Vernetzung können zugleich unterschiedliche Werte- und Rechtssysteme in Konflikt geraten, neue Unsicherheiten geschaffen und bestehende Tendenzen zur Abschottung bekräftigt werden.*

*Wie kann das globale Management, die Regulierung und die Verwaltung sowie der Schutz der kritischen Ressource Internet und der zugrundeliegenden Infrastruktur reibungslos sichergestellt werden?*

*Welche bestehenden Strukturen sollten gestärkt werden? Welche Strukturen sollten ggf. neu geschaffen werden?*

*Im Zuge des jüngsten Überwachungs- und Abhörskandals ist im großen Maße Vertrauen verloren gegangen – wie kann dieses Vertrauen wieder hergestellt werden?*

### Antwort

Die weltweite Vernetzung und grenzüberschreitende Dimension des Internet bringt Herausforderungen mit sich, die nicht zwingend internetspezifisch sind. Eine der zentralen Herausforderungen der Digitalisierung und weltweiten Vernetzung ist es, divergierende Werte- und Rechtssysteme miteinander in Einklang zu bringen und zu einem gemeinsamen Wertekanon und Grundkonsens zu gelangen, um die Grund- und Freiheitsrechte zu wahren und sicherzustellen, dass diese ebenso online wie offline Geltung finden. Deutschland und Europa



WIR GESTALTEN DAS INTERNET.



müssen daher künftig eine stärkere Rolle bei der Internet-Politik und in der Internet Governance übernehmen und sich für die Einhaltung und Durchsetzung europäischer Grundwerte in einer zunehmend globalen vernetzten digitalen Gesellschaft einsetzen. Diese politischen Herausforderungen muss die Bundesrepublik Deutschland, die Europäische Gemeinschaft und die Regierungen anderer Staaten durch multilaterale Abkommen und Vereinbarungen gemeinsam angehen.

Bei der Diskussion um die Fragen zu Internet Governance und der zukünftigen Ausgestaltung des Internet ist die Sicherheit, Stabilität, Belastbarkeit und Widerstandsfähigkeit sowie Vertrauenswürdigkeit und Interoperabilität der Internetinfrastruktur und Netzarchitektur von elementarer Bedeutung. Deren Aufrechterhaltung und Sicherstellung auf technischer und administrativer Ebene gewährleistet die Innovationsfähigkeit des Internet und bildet die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und ein prosperierendes digitales Ökosystem.

Die Ressourcen und die Standards des Internet werden durch die Internet Community verwaltet. Organisiert ist diese insbesondere in der ICANN, die sich u.a. um die Top-Level-Domain- und IP-Adressen-Vergabe kümmert, wie auch in den Standardisierungsgremien der Internet Society (ISOC), der Internet Engineering Task Force (IETF) und des World Wide Web Consortiums (W3C). Die Selbstverwaltung des Internet hat in den vergangenen Jahren zu einem beispiellosen Wachstum der Nutzerzahlen und des Netzwerks selbst geführt. Gerade aufgrund der erfolgreichen und bewährten Selbstverwaltung, die ohne eine strukturelle Aufsicht durch staatliche oder zwischenstaatliche Einrichtungen funktioniert, konnte sich das Internet zum vorrangigen Daten- und Kommunikationsnetz entwickeln, dessen globale Bedeutung als gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Plattform evident ist.

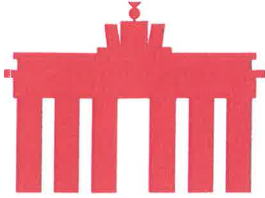
Vor dem Hintergrund der Ausspäh- und Überwachungsaffäre müssen sowohl auf nationaler, europäischer und insbesondere auch auf internationaler Ebene adäquate Maßnahmen ergriffen und zielführende Konsequenzen gezogen werden. Dabei ist auf europäischer und internationaler Ebene die Verabschiedung einer Übereinkunft anzustreben, welche die Befugnisse und Grenzen des Tätigwerdens von Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden sowie die Heranziehung und Inpflichtnahme von Unternehmen durch diese verbindlich regelt. Dabei sollte auch die unterschiedliche Kräfteverteilung berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere auch den Umgang mit grenzüberschreitendem TK- und Datenverkehr.

#### Frage 2)

*Wie ist die Koordination innerhalb der Bundesregierung bei den verschiedenen Feldern, Konferenzen und Institutionen geregelt? Gibt es Schnittstellen zwischen den einzelnen Ressorts und welche?*

#### Antwort

Diese Fragestellung ist am besten durch die Bundesregierung bzw. die beteiligten Ministerien selbst zu beantworten. Nach unserem Kenntnisstand und bisherigen Erfahrungen findet eine enge ressortübergreifende Abstimmung und Koordination



zwischen den beteiligten Ministerien, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem Auswärtigen Amt, statt.

### Frage 3)

#### Anmerkung zu Frage 3

Da mit der Frage 3) unterschiedliche Themen und Fragestellungen verbunden sind, werden diese aufgrund der einfacheren Nachvollziehbarkeit nachfolgend getrennt beantwortet.

#### Teilfrage 3)

*In der letzten Legislaturperiode hat sich der Deutsche Bundestag im Rahmen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ intensiv mit dem Thema „Internet Governance“ auseinandergesetzt. Die Enquete-Kommission hat empfohlen, den demokratie- und legitimationsfördernden Ansatz des Multi-Stakeholder-Prinzips weiter zu fördern. Wie kann der Multi-Stakeholder-Ansatz, in dem Staaten, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft an der Regulierung des Netzes gleichberechtigt beteiligt sind, verbessert und intensiviert werden? Wo sehen Sie seine Grenzen?*

#### Antwort

eco setzt sich bereits seit Jahren für eine Stärkung des Multistakeholder Dialogs zur Internet Governance ein und ist überzeugt, dass dieses Modell die beste Variante zur Entwicklung eines nachhaltigen und von breiter gesellschaftlicher Akzeptanz getragenen Internet Governance Systems ist. Hierzu ist ein gemeinsames Grundverständnis aller beteiligten Akteure über nachhaltige, verlässliche und kohärent ausgestaltete Internet-Governance-Grundsätze und Prinzipien erforderlich. Im europäischen und internationalen Vergleich kann Deutschland im Bereich der Internet-Governance bereits zu den fortschrittlicheren Staaten gezählt werden. Nach Ansicht des eco ist allerdings zur nachhaltigen Stärkung des Multi-Stakeholder-Modells ein starker legitimationsstiftender Prozess für alle an Internet-Governance beteiligten Institutionen und Personen erforderlich. Um den Multi-Stakeholder-Prozess weiter fortzuentwickeln und die Nachhaltigkeit des Modells zu stärken, sollten hierzu insbesondere die von der Kommission in der Mitteilung zu Internet-Politik und Internet-Governance (COM(2014)72 final) vorgeschlagenen Kriterien und Anforderungen (Transparenz, Einbeziehung, Ausgewogenheit, Rechenschaft) berücksichtigt werden.

#### Teilfrage 3)

*Wie kann zukünftig besser sichergestellt werden, dass es eine abgestimmte Position der EU-Mitgliedstaaten zu Fragen der Internet Governance und der Telekommunikationsregulierung mit Bezügen zum Internet gibt, die auch die Interessen der beteiligten Stakeholder berücksichtigt?*



### Antwort

Die Europäische Union nimmt eine wichtige Position im Multistakeholder-Prozess zur Internet-Governance ein. Durch die Ankündigung der USA, ihre Aufsichtsfunktion über die wichtige Internet Assigned Numbers Authority (IANA) aufgeben zu wollen, ergibt sich neuer Gestaltungsspielraum in der Internet Governance, den die Europäische Union nutzen sollte. Mit der Mitteilung zu Internet-Politik und Internet-Governance (COM(2014)72 final) hat die Europäische Kommission einen wichtigen Beitrag für eine gemeinsame europäische Position und Zielvorstellung für die anstehenden wichtigen internationalen Verhandlungen zu Internet-Governance geleistet. Nach Ansicht des eco bietet der Vorschlag der Kommission eine gute Grundlage für die zukünftige Entwicklung und Ausgestaltung der globalen Internet-Governance und sollte gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und dem Rat weiter ausgearbeitet werden. Der Vorschlag der Kommission bietet der Bundesregierung eine gute Gelegenheit sich in den gerade begonnenen europäischen Prozess für eine gemeinsame europäische Position und Zielvorstellung für Internet-Governance einzubringen und diesen aktiv zu begleiten.

### Teilfrage 3)

*Die persönliche Teilnahme am Internet Governance Multistakeholder- Ansatz scheitert oft an fehlenden finanziellen Mitteln. Wie kann sichergestellt werden, dass neben staatlichen Vertretern nicht nur Vertretern großer Unternehmen eine Teilnahme an Gremien der Internet Governance ermöglicht wird?*

### Antwort

In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass die Diskussionen zu Internet-Governance und Internet-Politik globalen Bezug haben und daher auch in internationalen Gremien, Foren und Veranstaltungen debattiert werden. Um weltweit einem möglichst breiten Kreis eine Teilnahme und Partizipation zu ermöglichen finden diese Treffen an wechselnden und unterschiedlichen Orten, Ländern und Kontinenten statt. Auf diese Weise wird es gerade auch dem asiatischen und pazifischen Raum sowie Schwellenländern ermöglicht sich in die internationale Debatte einzubringen und persönlich teilnehmen zu können. Die aufgeworfene Frage nach einer Finanzierung einer persönlichen Teilnahme stellt sich daher für alle an Internet-Governance Interessierten, unabhängig von der Frage, welchem Multi-Stakeholder Segment diese zuzuordnen sind.

Aus diesem Grund werden von den beteiligten Organisationen die Möglichkeiten für eine "remote" Partizipation und Teilnahme sowie die Einbeziehung im Vorfeld und im Nachgang kontinuierlich ausgebaut und verbessert.

Gleichwohl ist es wichtig einem möglichst breiten Kreis eine persönliche Teilnahme und Partizipation zu ermöglichen und dies durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang ist auf die besondere Bedeutung und Wichtigkeit einer Stärkung und des Ausbaus regionaler, nationaler und europäischer Strukturen hinzuweisen. Diesen kommt eine wichtige Funktion für die Partizipation und Teilhabe zu, da sie es einem breiten Kreis ermöglichen sich in die Vorbereitung und Abstimmung von Positionen zu Internet-Governance einbringen können.



WIR GESTALTEN DAS INTERNET.



In den vergangenen Jahren sind eine Vielzahl nationaler und regionaler Internet Governance Foren (IGF) entstanden und auf europäischer Ebene hat sich der EuroDIG European Dialogue on Internet Governance (EuroDIG) zu einer Plattform etabliert, die europäische Positionen und Impulse zur Zukunft des Internet auch in den internationalen Prozess um Internet-Governance einbringt.

### Teilfrage 3)

*Wurden aus Ihrer Sicht ausreichend Bemühungen unternommen, den Multi-Stakeholder-Ansatz weiter zu unterstützen, die Ressourcen in den Ressorts zu erhöhen und die Koordination in den Ministerien sowie zwischen Ministerien und mit der Zivilgesellschaft zu verbessern?*

### Antwort

Die Bundesregierung und die beteiligten Ministerien, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Auswärtige Amt, sind bei den Themen der Internet-Governance und des Multi-Stakeholder-Ansatzes engagiert. Auch das bisherige Engagement auf internationaler Ebene bei den relevanten Gremien und Organisationen haben wir als positiv wahrgenommen. Nach Ansicht des eco ist es wichtig, das bisherige Engagement fortzuführen und zu intensivieren. Gerade im Hinblick auf die aktuellen europäischen und internationalen Entwicklungen im Bereich der Internet-Governance und die anstehenden weiteren internationalen Verhandlungen in diesem Bereich besteht die Chance aber auch die Notwendigkeit für die Bundesrepublik Deutschland ihr Verhandlungsmandat zu nutzen und klare Positionen zu beziehen. Inwieweit hierzu die bei den beteiligten Ministerien vorhandenen Ressourcen ausgebaut und erhöht werden müssen können wir naturgemäß nicht einschätzen. Nach unserer Einschätzung ist es jedoch notwendig den Themen einen höheren Stellenwert beizumessen. Im europäischen und internationalen Vergleich haben wir den Eindruck gewonnen, dass die Bundesrepublik Deutschland bei den Themen der Internet-Governance noch nicht ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung angemessen wahrgenommen wird.

### Frage 4)

*Standardisierungsvorhaben und Maßnahmen zur Regulierung des Internet werden in internationalen Gremien und Organisationen erarbeitet und beschlossen. Diskutiert wurde lange Zeit die Sonderstellung der US-Regierung in der Verwaltung der Infrastrukturressourcen (IP-Adressen und Domainnamensystem). Derzeit wird – nach der Ankündigung der US-Regierung, die US-amerikanische Dominanz der Internetverwaltung beenden zu wollen – über eine entsprechende neue Internetarchitektur verhandelt.*

*Welche Rolle kommt – auch bezogen auf die Chancen des Innovationsstandorts Deutschland im globalen Wettbewerb – hierbei der Mitwirkung der Bundesregierung und deutscher Unternehmen in den Gremien der Internet Governance (Internetarchitektur, Internetverwaltung etc.) zu?*

*Wie kann die deutsche und europäische Position (im Interesse der Politik, der deutschen IT-Wirtschaft, aber auch der Zivilgesellschaft) hier gestärkt werden?*



### Antwort

Durch die Ankündigung der USA, ihre Aufsichtsfunktion über die wichtige Internet Assigned Numbers Authority (IANA) aufgeben zu wollen, ergibt sich neuer Gestaltungsspielraum in der Internet Governance, den sowohl die Bundesregierung als auch die Europäische Union nutzen sollte. Deutschland und Europa haben nun die Möglichkeit, aber auch die Verantwortung, künftig eine stärkere Rolle in der Internet Governance zu übernehmen. Die Bundesregierung sollte daher ihr Engagement auf internationaler Ebene ausbauen und die bisherigen Aktivitäten bei den relevanten Organisationen und Standardisierungsgremien fortführen und intensivieren. Das Engagement der Bundesregierung sollte sich dabei auch auf Fragen der zukünftigen Gestaltung des Internet, zur Vergabe neuer Top Level Domains und zur technischen Weiterentwicklung des Internet erstrecken. Hierzu bieten die auf internationaler Ebene etablierten Strukturen der Internet Governance und der Multistakeholderprozess der Bundesregierung eine gute Gelegenheit sich einzubringen.

### Frage 5)

*Wie ist die wirtschaftliche Auswirkung der Rahmensetzung der Internet Governance? Könnten Aktivitäten hier die Wettbewerbsposition deutscher und europäischer Unternehmen und Startups verbessern? Welche Bemühungen gibt es beispielsweise, besonders datenschutzfreundliche Standards und/oder offene Standards durchzusetzen?*

### Antwort

Die Internetwirtschaft ist einer der wichtigsten Wachstumstreiber für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Um der zunehmenden Bedeutung der Internet- und Netzpolitik für den Wirtschaftsstandort Deutschland gerecht zu werden muss die Bundesregierung ihr einen strategischen Stellenwert beimessen. Hierdurch kann die Wettbewerbsposition deutscher und europäischer Unternehmen in einem zunehmend internationalen Markt und globalen Wettbewerbsumfeld entschieden verbessert werden. Eine Grundvoraussetzung für den Erfolg der Internetwirtschaft, die Entwicklung digitaler Innovationen und die Etablierung neuer Geschäftsmodelle, insbesondere aber auch ein innovations- und investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen ist die Erhaltung eines offenen und dezentral strukturierten Internet. In besonderem Maße gilt dies für Start-ups und junge Unternehmen, denn die Innovationskraft des Internet entstammt primär der Möglichkeit, neuartige Dienste und Anwendungen sofort und ohne die Notwendigkeit zu aufwändigen Verhandlungen weltweit anbieten und bereitstellen zu können sowie umgehend eine breite Nutzerbasis zu erreichen und aufzubauen. Diese Funktion und insbesondere der niedrighschwellige Zugang zum „Marktplatz Internet“ ist eines der zentralen Elemente für das Innovationspotential des Internet, welche auch zukünftig erhalten und sichergestellt werden muss.

### Frage 6)

*Wie kann der Weg zu einem „Völkerrecht des Netzes“ aussehen und wie könnte ein solches durchgesetzt werden? Wie könnte – beispielsweise im Nachgang zur Deutsch-Brasilianischen VN-Resolution zum Schutz der Privatsphäre im digitalen*



*Zeitalter – ein Völkerrecht des Netzes aussehen, welches klarstellt, dass das Völkerrecht und die Menschenrechte online wie offline Geltung finden?*

Antwort

Grundsätzlich sollte es selbstverständlich sein, dass das Völkerrecht und die Menschenrechte online wie offline Geltung finden. Die deutsch-brasilianische UNO-Resolution zur Privatsphäre im Internet, die am 18. Dezember 2013 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, macht deutlich, wie komplex die grenzüberschreitende Dimension und Herausforderungen an einen gemeinsamen Wertekanon in einem weltweiten Kommunikationsnetz sind. In der Resolution bekräftigt die UNO erstmals den Grundsatz, dass Menschenrechte online genauso gelten wie offline. Mit der UNO-Resolution wurde daher ein wichtiger Anfang gemacht und ein deutliches Signal für die Durchsetzung der Menschenrechte im digitalen Zeitalter gesetzt. Diese Bemühungen und Bestrebungen, gerade auch die entsprechenden Initiativen der Bundesrepublik Deutschland, das Völkerrecht und die Menschenrechte auch online zur Geltung und Durchsetzung zu verhelfen sollten fortgeführt und intensiviert werden.

Frage 7)

*Wie kann die Balance zwischen Sicherheit, Freiheit und Innovation in einem weltweiten Kommunikationsnetz sichergestellt werden? Wie können Internetunternehmen in diese Prozesse eingebunden werden? Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund diverse Forderungen nach einer zunehmend nationalen bzw. regionalen Regulierung des globalen Netzes, zum Beispiel in Form eines „Schengen Netzes“?*

Antwort

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei dem Ausgleich und der Balance zwischen Sicherheit, Freiheit und Innovation in einem weltweiten Kommunikationsnetz nicht um eine internetspezifische Fragestellung handelt. Vielmehr manifestiert sich diese grundlegende Problematik und der grenzüberschreitenden Dimension in besonderem Maße in einem weltweiten Kommunikationsnetz wie dem Internet. Die damit verbundenen sozialen, ökonomischen und politischen Herausforderungen müssen von den Regierungen durch multilaterale Abkommen und Vereinbarungen gelöst werden. Gesetze und Normen müssen rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen. Die Staaten müssen sicherstellen und gewährleisten, dass sie ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht und internationalen Abkommen und Vereinbarungen nachkommen.

Die Unternehmen der Internetwirtschaft sind sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung bewusst und können hierzu ebenfalls einen Beitrag leisten. Erwähnenswert in diesem Kontext sind die vom Council of Europe in Zusammenarbeit mit EuroISPA entwickelten "Human Rights Guidelines for Internet Service Providers" (H/Inf (2008) 9). Die Guidelines legen einen starken Fokus auf Meinungsfreiheit, Persönlichkeitsrechte und Menschenrechte im Internet. Der Europarat beabsichtigt derzeit die 2008 entwickelten Guidelines zu überarbeiten und anschließend einem wesentlich größeren Empfängerkreis zugänglich zu machen und zu verbreiten. Ergänzend dazu ist auf die erst kürzlich verabschiedeten Empfehlungen des Europarats für einen "Guide to Human Rights for



WIR GESTALTEN DAS INTERNET.



Internet Users" (Recommendation CM/Rec(2014)6) hinzuweisen. Diese Beispiele zeigen sinnvolle Ansätze wie die Unternehmen der Internetwirtschaft einen Beitrag zu der oftmals schwierigen Balance und den Herausforderungen eines weltweiten Kommunikationsnetzes leisten können. eco möchte allerdings darauf hinweisen, dass die Unternehmen der Internetwirtschaft als Intermediäre oftmals sich diametral gegenüber stehenden Verpflichtungen ausgesetzt sehen und zur Rechtsdurchsetzung herangezogen und in die Pflicht genommen werden. Eine Regulierung durch Technik oder eine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung durch die Unternehmen der Internetwirtschaft sind kritisch zu bewerten und sind daher abzulehnen.

Mit Besorgnis hat eco die in letzter Zeit abzeichnenden zunehmenden Tendenzen und Bestrebungen zur Etablierung neuer regionaler und nationaler Governance-Strukturen, die zu einer Segmentierung und Zersplitterung des Internet führen könnten, wahrgenommen. Die freie und offene sowie dezentrale Struktur des Internet ist eine Grundvoraussetzung für die gleichberechtigte, chancengleiche und demokratische Partizipation und Teilhabe Aller. Eine Segmentierung und Zersplitterung des Internet durch Aufgabe des any-to-any Prinzips würde nicht nur der globalen Struktur widersprechen, sondern könnte die weltweite Erreichbarkeit und Interoperabilität der Netzwerke, die technische, organisatorische, wettbewerbliche und wirtschaftliche Funktionsfähigkeit des Internet gefährden, sowie sich auch negativ auf seine Innovationsfähigkeit, den Wettbewerb, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und die Vielfalt auswirken.

#### Frage 8)

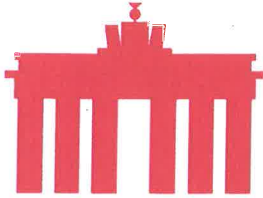
*Wie beurteilen Sie den Vergabeprozess zu den neuen Top-Level-Domains, insbesondere den „Closed Generics“? Sehen Sie die Unterscheidung zwischen generischen Begriffen und Marken ausreichend gewahrt und welche Schutzmechanismen sind denkbar, um zukünftig den Missbrauch und eine Behinderung des Wettbewerbs zu verhindern?*

#### Antwort

Der Vergabeprozess für neue generische Top-Level-Domains (gTLDs) ist extrem komplex. Die rechtlichen, organisatorischen, finanziellen und technischen Anforderungen an Bewerber wurden in dem etwa 350 Seiten umfassenden Applicant Guidebook (AGB) niedergelegt. Es wurde versucht, in einem iterativen Prozess mit der gesamten Community die Rahmenbedingungen für die Einführung neuer TLDs abzustimmen. Im Zuge dieses mehrere Jahre in Anspruch nehmenden Unterfangens wurde versucht, immer mehr Szenarien abzubilden bis ein Punkt erreicht war, an dem man zu dem Schluss kam, dass man nie zu einem Ergebnis kommen würde, wenn man alle Eventualitäten abzubilden versuchte. Einige Unzulänglichkeiten des Applicant Guidebook haben sich bereits gezeigt. Auch der Regierungsbeirat hat hier mit so genanntem "GAC Advice" das ICANN Board dazu angehalten, nachzujustieren. Dies betrifft auch die in der Frage der "Closed Generics".

Wir stellen uns deutlich hinter den von ICANN vorgenommenen Prozess - trotz der aufgetretenen Probleme. Das New gTLD Programm geht auf Politikempfehlungen zurück, die in der dafür zuständigen Generic Names Supporting





Organization (GNSO) im Rahmen eines Multistakeholderansatzes entwickelt wurden. Seinerzeit wurden unterschiedliche Szenarien und verschiedene Kategorien von TLDs diskutiert, die "Policy Recommendations" sehen aber Restriktionen für generische Begriffe nicht vor.

Vor einer weiteren Einführungsrunde wird zwingend eine Evaluierung der ersten Runde stattfinden. Die in der Frage angesprochenen Punkte werden sicherlich in diesem Rahmen zur Sprache kommen werden. Die Herausforderung wird sein, ICANN vor einer Regulierung von Inhalten zu bewahren. Marken- und auch wettbewerbsrechtliche Aspekte lassen sich nämlich zumeist erst aus der Kombination der verwendeten Domain Namen und der darunter angebotenen Dienste oder Inhalte beurteilen.

#### Frage 9)

*Teilen Sie die Einschätzung, dass sich rückblickend die internationale Debatte über die angemessenen Prinzipien und Formen der Regulierung des Internet als produktiv und innovativ erwiesen und das aktuelle Internet Governance-Modell sich im Grundsatz bewährt hat? Wo sehen Sie konkreten Verbesserungsbedarf?*

#### Antwort

Einleitend ist zunächst darauf hinzuweisen, dass die Diskussion um Internet Governance Grundsätze und Prinzipien noch vergleichsweise neu ist und wengleich erste Erfahrungswerte vorliegen einem stetigen Wandel sowie Weiter- und Fortentwicklung unterworfen ist. Die bisherigen Erfahrungen haben aber dennoch gezeigt, dass der Multi-Stakeholder-Ansatz sich als ein bewährtes Konzept für den Dialog unterschiedlicher Akteure und die Regulierung grundlegender Internetfunktionen erwiesen hat. Allerdings ist zur nachhaltigen Stärkung des Multi-Stakeholder-Modells ein starker legitimationsstiftender Prozess für alle an Internet-Governance beteiligten Institutionen und Personen erforderlich. Die alleinige und ausschließliche Kontrolle der Internetverwaltung durch nationale Regierungen oder zwischenstaatliche Organisationen ist keine Alternative. Der Multi Stakeholder Ansatz muss daher ausgebaut und gestärkt werden. Dies setzt eine aktive Beteiligung und Partizipation aller Interessengruppen an dem Dialog über die zukünftige Ausgestaltung der Internet-Governance voraus.